Nr. 288

er eingetroffen!

r. 105
gute Zigarre
1.00 Mark

roße Verbreitung und
theil dieser Zigarre
dem Raucher Gewähr
nen vollkommenen
Rauchgenuß.

. Beutner
arren-Importeur
nsgasse 3
in meinen Filialen
10858

nko-Versand über
anz Deutschland

htabak
en Sie unsere
Woche
Oelschläger
Telephon 22039.

en v. billiges
ts-Geschenk
le Arten 6568
sen, Platten,
chirme etc.
angebrachten Stoffen
hmadpolo Muster in
druck und Malerei.
ner als Stickerei.
Kreuzstraße 4,
. im Maihaus.

Ausverkauf
ahüten und
enständen
ern, Regenkappen
Putzutaten 10075
abgesetzten Preisen
Wilsdruffer Str. 27

lzmoden
rosse Auswahl
mtlichen Pelzarten,
Füchse, Kolliers,
Kragen, Muffen.
mäntel und -Hüte
rt- und Gehpelze
ig und nach Maß.
rmäßigte Preise.
Kiebetz,
peterstraße 7 und 8.
Telephon 16289.

be u. Wiederverkf.!
rden . . . pr. Mtr. 60.—
Kara, gute Qual. . 120.—
. Mtr., p. Mtr. 32.— u. 35.—
rit . . pr. Mtr. 3.50
it, blau, gute Ware 50.—
ual., 85 cm brt., Mtr. 17.75
. . . . . pr. Mtr. 18.—
ohen . . . . Stück 1.15
allist, I. Serie Stück 2.—
II. „ 1.60
Posten zu verk. 10278
Vertreter f. Textilwaren
r. 8, Grbg. Bernipr. 10832.

blings
sorten
le wieder
a!
e- u. Moselweine
ger
ein Riesl Spatl,
Winzerverein
h
chenstück
entweinlein Stück
otor,
Auerbury
108963
te Tischweine
nweine!
Preisermäßigung!

hagen,
nnenstr. 9.
utznerstr. 9.

Nr. 289 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 26. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Französische Umorientierung

Paris, 25. November. (Eig. Drahtber'cht.) Der französische Ministerpräsident hat heute vor dem Kammerausschuß für Auswärtiges die sensationelle Mitteilung gemacht, daß die französische Regierung beschlossen habe, die Blockade gegen Sowjet-Rußland aufzuheben und die Wiederaufnahme der Beziehungen des französischen Handels und der französischen Industrie mit Rußland zu gestatten und sogar zu unterstützen. Der französische Ministerpräsident erklärte, die französische Regierung erkenne die Sowjetregierung als eine Regierung de facto an. Weiter teilte der Ministerpräsident mit, daß Wrangel für die französische Regierung nicht mehr existiere. Die französische Regierung betrachte sich von jeder Verpflichtung gegenüber Wrangel enthoben. Man werde die Reste der Wrangel-Armee aus menschlichen Rücksichten noch verpflegen, aber sie noch irgendwo und in irgendwelcher Weise zu verwenden, davon könne keine Rede sein. Diese Erklärungen bedeuten einen sensationellen Wendepunkt in der französischen Politik.

•

Der Wendepunkt der französischen Politik

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht)

Wir haben vor einigen Tagen bereits auf die Sitzungen des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten aufmerksam gemacht und auf den Einfluß hingewiesen, den der Präsident dieses Ausschusses Barthou auf die neue Bestimmung des politischen Kurses haben dürfte.

Barthou ist gegenwärtig zweifellos der führende Mann der unter dem Namen „Nationaler Block" bekannten nationalistischen Kammermehrheit

und sein Einfluß ist ebenso zweifellos bei der nunmehr auf Grund der Ereignisse im nahen Osten erfolgenden Umorientierung der französischen Außenpolitik maßgebend gewesen. Nach zweierlei Richtungen hin hat sich diese Aneberung bemerkbar gemacht:

1. in einem näheren Anschluß an die englische Politik und
2. in einer Verschärfung der Politik gegen Deutschland.

Was die engere Fühlungnahme mit London betrifft, so begnügen sich die bürgerlichen Blätter naturgemäß damit, festzustellen, daß von einer Anerkennung der Sowjetregierung nach wie vor keine Rede sein kann. Die sozialistischen Blätter, die von sozialistischen Mitgliedern des Kammerausschusses bedient werden, sind weniger zurückhaltend. Es kann wiederholt werden, daß das französische Kabinett die Sowjetregierung nunmehr de facto anerkennt, und es kann auch gesagt werden, daß die Frage einer rechtlichen und formellen Anerkennung von Moskau nur noch von der Gegenfrage der Anerkennung der russischen Schulden behrrscht wird. Die Zeit der unzulänglich angesetzten Expeditionen gegen die Sowjetarmee ist vorbei. Die Regierung und die starke Koalition des Zentrums mit der Rechten haben sich nach dieser Umorientierung um so schneller einigen können, als ihre beiderseitigen Wünsche sich auch in der Frage der Regierungspolitik treffen.

Es hat nämlich den Anschein, daß die französische Regierung versuchen wird, durchzudrücken,

in Oberschlesien die Einwohner, nicht aber auch die heimatberechtigten Deutschen stimmberechtigt sein zu lassen

mit andern Worten, die deutschen Wähler um 250 000 bis 300 000 Stimmen zu schwächen. Das Plebiszit selbst ist übrigens auf Mitte Januar angesetzt.

Ein weiteres Symptom für die Verschärfung ergibt sich aus dem Protest, der anderseits bei der Berliner Regierung gegen die Rheinlandreise des Reichskanzlers Fehrenbach und des Außenministers Dr. Simons eingereicht werden soll. Die Düsseldorfer, Kölner und Aachener Reden werden als im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehend beurteilt. Die französische Regierung scheint es ihrer Kammermehrheit schuldig zu sein,

das freie Wort der deutschen Minister in den Rheinlanden nicht mehr zu dulden

und künftig unterdrücken zu wollen. Eine solche Haltung steht natürlich im Widerspruch zum Versailler Vertrag, der die Beibehaltung der deutschen Staatshoheit in den Rheinlanden anerkennt. Deutsche Minister im Rheinland stehen auf deutschem Boden und sind daher niemand verantwortlich als dem Reichstag.

Von Interesse ist schließlich noch die Angabe, die in der Sitzung des Kammerausschusses gemacht wurde, nämlich,

daß die Goldprämie für die Kohlenlieferungen vom Deutschen Reich entgegen der Verabredung von Spa nicht für die Besserung der Ernährung der deutschen Grubenarbeiter verwendet worden sei.

Die ganze neue Lage wird noch schärfer in Erscheinung treten, wenn Anfang der nächsten Woche der Ministerpräsident, der bekanntlich auch Außenminister ist, nach seiner Rückkehr aus London auch dem Ausschuß des Senats für das Auswärtige Amt wird Rechenschaft ablegen müssen. Es sei daran erinnert, daß auch Poincaré seit kurzem dieser Kommission angehört.

•

Von der Wiedergutmachungskommission

Rotterdam, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Den Londoner Blättern zufolge werden die Beratungen der interalliierten Wiedergutmachungskommission in der ersten Dezemberwoche in Paris neu aufgenommen. Die „Times" behaupten, daß die Wiedergutmachungskommission noch wie vor auf dem Standpunkt stehe, die Höhe der Forderungen vor der Besprechung mit den Deutschen als Mindestforderungen festzusetzen. Zwischen den englischen und französischen Vorschlägen zeige sich eine fortschreitende Annäherung.

•

Der Völkerbund

s. Genf, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Mittwoch-Plenarsitzung des Völkerbundes ist ausgefallen. Heute wird ebenfalls keine Vollsitzung stattfinden. In den Kommissionen wird eifrig gearbeitet. Die Skandinavier haben bekanntlich die Revision des Völkerbundsvertrages angeregt. Dies kann aber bereits als gescheitert bezeichnet werden. Sehr schlecht steht es auch um die Sache der Abrüstung. Die russischen Randstaaten müssen ihre Hoffnungen um Aufnahme in den Völkerbund aufgeben, Luxemburg, Albanien und Oesterreich dürften jedoch in den Völkerbund aufgenommen werden.

•

Der Papst und der Völkerbund

Die katholische Zeitung „Courier de Genève" verbreitet das Gerücht, daß Spanien demnächst vor der Völkerbundsversammlung die Frage des Eintritts des Papstes zur Sprache bringen werde. Das Blatt bemerkt dazu: Wir können diesem Schritte nur zustimmen und ihm vollen Erfolg wünschen. Das Papsttum ist die stärkste internationale Macht. Es wäre ein politischer Fehler der Länder des Völkerbundes, wenn sie diese Macht vernachlässigen würden.

•

Eine abgelehnte deutsche Forderung

× Berlin, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Note der deutschen Regierung an die Botschafterkonferenz, die ihr am 10. Juni übergeben wurde und worin die Rücknahme der alliierten Militärkommandos in Duisburg und Mannheim verlangt wurde, ist nunmehr die Antwort eingelaufen, die die deutsche Forderung ablehnt. Die Note der Botschafterkonferenz stellt die Behauptung auf, daß die betreffenden Truppen keine Okkupationstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, um die Schiffahrt auf dem Rhein zu überwachen. Wie wir hören, wird diese Antwort von der deutschen Regierung nicht anerkannt.

•

Der neue Raub

Auf Anfrage bei den Junkersflugzeugwerken erfahren wir über die Beschlagnahme von Flugzeugen durch die interalliierte Kontrollkommission, daß es sich um elf Junkerverkehrsflugzeuge handelt, die für das Ausland bestimmt und für die Verschiffung nach Hamburg verladen waren. Die interalliierte Luftschiffahrts-Kontrollkommission hat diesen Sondertyp seinerzeit ausdrücklich durch schriftliche Entscheidung als Ziviltyp anerkannt, und die deutsche Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Herstellung und Ausfuhr dieser Zivilflugzeuge nicht unter das Verbot des Friedensvertrages fallen. Für die elf Flugzeuge ist daher auch ordnungsgemäß die Ausfuhrerlaubnis des zuständigen Reichskommissars erteilt worden.

•

Die Schiffsraumfrage

Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober und der sich daran anschließenden mündlichen Abmachung haben am 20. und 22. November mit Delegierten der Reparationskommission Verhandlungen über die Belassung von 850 000 Tonnen Schiffsraum stattgefunden. Am 23. November hat die Reparationskommission ihre offizielle Sitzung abgehalten, in der die Angelegenheit nochmals erörtert wurde. Bei allen Verhandlungen war ein Teil der deutschen Schiffahrtsdelegation zugegen. Die deutschen Delegierten haben in eingehender Weise den Standpunkt der deutschen Regierung dargelegt und eine Begründung des Antrages gegeben. Die zweite deutsche Denkschrift vom Mai dieses Jahres wurde dabei zugrunde gelegt und ihre Ausführungen ergänzt und berichtigt. Die Reparationskommission hat zugesagt, ihre Entscheidung nunmehr so bald als möglich zu fällen. Im welchem Sinne sie ausfallen wird, läßt sich zur Zeit nicht sagen.

•

Um die Ablieferung der Milchkühe

Wie wir erfahren, wurden die Pariser Verhandlungen wegen Ablieferung der Milchkühe vertagt, bis die deutsche Kommission dem Reichskabinett Vortrag gehalten hat. Die Kommission wird Donnerstag in Berlin eintreffen.

•

Die griechische Frage

Ueber das Verhalten der Ententemächte zu Griechenland liegt heute folgende bezeichnende Meldung vor:

i. Rom, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Nach der „Tribuna" scheint eine Reise Lloyd Georges nach Rom zur Klärung der griechischen Frage nicht ausgeschlossen. Das Mailänder „Tempo" kündigt die Reise einer griechischen Kommission nach Luzern an, um dem König Konstantin im Namen des griechischen Volkes um die Rückkehr auf den Thron zu bitten.

Ein Teil der Königsfamilie ist schon in Griechenland eingetroffen. Die Prinzen Alexander und Christian, die Prinzessinnen Alice und Maria sind an Bord des ihnen entgegengesandten Torpedobootes „Sorax" in Athen angekommen. Anhänger des Königshauses trugen die Prinzen auf ihren Schultern nach dem königlichen Palais.

Die neue Regierung scheint aber manche Schwierigkeiten zu haben. Das Heer sollte teilweise heimgesandt werden, jedoch hat die Regierung bisher noch keine Schritte zur Demobilmachung getan, wodurch in der griechischen Garnison Smyrna große Unzufriedenheit hervorgerufen worden ist. Die Soldaten weigern sich, eine neue Offensive gegen Kemal Pascha zu führen. Ein Teil des Heeres hat noch kürzeren Prozeß gemacht und sich selbst demobilisiert. Man glaubt, daß die Regierung, um die Intervention der Alliierten zu verhindern, durch die neugebildete Kammer sofort nach ihrem Zusammentreten den Friedensvertrag ratifizieren wird.

Wiederaufnahme der Verhandlungen in Riga

□ Riga, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Der russische Bevollmächtigte Joffe überreichte der polnischen Friedensdelegation eine Note, die seine Bereitwilligkeit zur Aufnahme der Kommissionssitzungen enthält.

Genf, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat der Wiederaufnahme der Friedensbesprechungen mit Rußland zugestimmt, nachdem die Russen neue Vorschläge unterbreitet haben. Die Verhandlungen beginnen am kommenden Dienstag unter Ausscheidung der polnisch-litauischen Beziehungen.

•

Die Räumung der Krim

O. E. Paris, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Das Pariser russische Blatt „Poslednija Nowosti" bringt auf Grund von Berichten von Augenzeugen erschütternde Schilderungen der Evakuation der Krim. Simferopol und die Städte an der Meeresküste waren schon einige Tage vor Beginn des Abtransports mit Flüchtlingen und Deserteuren überfüllt. In Simferopol, das abseits von der Küste liegt, war die Panik und die Anarchie besonders stark. Die Deserteure verhinderten die Kranken und Verwundeten am Abtransport auf der Eisenbahn. Für einen Wagen nach der Küste wurden 2 Millionen Rubel, für ein Auto 30 Millionen gezahlt. Tausende kämpften um eine Fahrgelegenheit mit der Eisenbahn und suchten sich mit Waffen den Weg zu bahnen. Die allgemeine Verwirrung wurde noch durch das Auftreten der Kommunisten gesteigert, die den Versuch machten, die Gewalt an sich zu reißen, und den Generalstreik proklamierten. Die Stadt wurde zwei Tage lang geplündert. In Feodosia gelangten nur diejenigen an Bord, die sich mit Gewehrkolben den Weg erzwangen. Zivilpersonen, deren es offenbar durch Bestechung gelungen war, die Schiffe zuerst zu besteigen, wurden ins Meer geworfen. In Kalka und Sewastopol war die Einschiffung geregelter. Indessen waren auch hier die Quais und nächsten Straßen von einer ungeheuren Menschenmenge erfüllt und es kam bei der Einschiffung zu tumultuarischen Auftritten. Mit Eintritt der Dunkelheit fingen Plünderungen an.

•

Das erbeutete Wrangel-Geld

O. E. Reval, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Rote Armee hat in der Krim die gesamte Einrichtung der Wrangel-Regierung zur Herstellung der Geldnoten erbeutet. Es sind dabei fünf Milliarden Rubel neuen Papiergeldes in ihre Hände gefallen.

•

Die Kämpfe in Kleinasien

× Konstantinopel, 25. November. Wie aus türkischer Quelle verlautet, haben sich die erbitterten Kämpfe in Armenien zugunsten der Armenier gewandt. Die Kemalisten wollen bedeutende Verstärkungen an die Front werfen. Auch bei Adana, Brussa und Smyrna ist die Lage der Kemalisten ungünstig geworden.

Neuer Polenübergriff in Oberschlesien

+ Katowitz, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nacht wurde in Stollarzowitz eine Hochzeit gefeiert. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wurde ein Kommando von 12 Abstimmungspolizisten beordert. Im Verlaufe des Festes, das in einem Gasthaus stattfand, wurde ein Wachtmeister von zwei Polen dauernd belästigt. Im weiteren Streit wurde der polnische Stoßtrupp mobil gemacht und nach einigen Minuten ein mörderisches Feuer aus Karabinern und Pistolen und mit Handgranaten eröffnet. Der Stoßtrupp war in einer Stärke von 60 bis 80 Mann im Kampfe. Während des Gefechts, das über zwei Stunden dauerte, wurden über 2000 Schüsse gewechselt. Das ganze Gasthaus war von polnischen Stoßtrupps umstellt, die es stürmen wollten. Als ein Auto mit Verstärkung erschien und sich auch Major Cassel mit seinem Adjutanten eingefunden hatte, stellten die Polen das Feuer ein. Auch der englische Adjutant wurde von einem polnischen Stoßtruppler angehalten. Zwei Haupträdelsführer wurden verhaftet. Um 4 Uhr morgens war wieder Ruhe eingetreten. Einige der Insurgenten wurden teils leicht, teils schwer verletzt. Ein Mann hatte einen Kopfschuß, ein andrer einen Bauchschuß erhalten, letzterer liegt im Sterben.

Verständigung in Prag

× Prag, 25. November. Der ruhige Ton der Verhandlungen im Senat und im Abgeordnetenhause findet in der gesamten Presse ein Echo. Der „Cas" erinnert daran, daß die deutschen Redner vollkommen ruhig und sachlich gesprochen haben. „Pravo Lidu" schreibt: Wir ziehen aus einer einzigen ruhig verlaufenen Sitzung nicht zu weitreichende Schlüsse, aber daß eine solche Sitzung nach der Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften möglich war, darin wollen wir den Beweis erblicken, daß beide Völker eine befriedigende Lösung ihres gegenseitigen Verhaltens suchen werden. Das „Prager Tageblatt" schreibt: Die Deutschen bieten die Hand zur Mitarbeit, und der Mut, mit dem sie trotz der Erbitterung im deutschen Volke heute einen Staat bejahen und an seinen Grenzen und seiner Größe mitschaffen, wird, so darf man hoffen, auch Mutige auf tschechischer Seite finden.

•

Entschädigung für die Ausschreitungen

Bei den deutschfeindlichen Ausschreitungen in Prag waren deutsche Staatsangehörige durch tschechischen Pöbel zu Schaden gekommen. Auf eine Beschwerde des deutschen Gesandten hat sich der tschecho-slowakische Minister des Aeußern im Namen seiner Regierung entschuldigt und dem deutschen Gesandten volle Entschädigung der geschädigten Deutschen zugesagt. Der deutsche Gesandte ist inzwischen in Berlin eingetroffen.

Ein Spiritistenskandal

Von unserm F.-Mitarbeiter

London, 22. November

Aus einem unscheinbaren Ehrenbeleidigungsprozeß ist ein Skandal entstanden, der in Londoner Gesellschaftskreisen ungewöhnliches Aufsehen erregt, denn ein Dutzend hochstehender Persönlichkeiten, deren Ruf als „ernste Forscher auf dem Gebiete des Spiritismus" weit über London hinausreicht, gerät durch den Prozeß in eine äußerst unangenehme Situation — beinahe in Mißkredit . . .

Die Geschichte hat ein Ehescheidungsverfahren zum Ausgangspunkt. Der englische Admiral Troubridge kehrte im November 1919 vom östlichen Seekriegsschauplatze in seine Heimat zurück, wo er eine junge Frau gelassen hatte. Sein Landgut befindet sich in Middlesex; es ist eine prächtige Besitzung, die einstmals von Königen bewohnt war. Als der Admiral seine dreißigjährige Gattin wiedersah, fiel ihm die Veränderung ihres Wesens auf. Sie kümmerte sich nicht um ihn, sondern mied den Umgang; in ihrem Gehaben drückte sich tiefe Schwermut aus und eine „rätselhafte Verklärtheit", die den Admiral zur Ueberzeugung brachte, daß die junge Frau infolge langen Alleinseins auf dem Schlosse eine geistige Störung erlitten. Er untersuchte den Fall. Die ersten Ergebnisse bewiesen ihm, daß die junge Frau im Jahre 1917 die Bekanntschaft eines Mitgliedes der berühmten Society of Psychical Research (Gesellschaft für Seelenforschung) namens Marguerite Radclyffe-Hall, einer vermögenden Witwe, gemacht hatte. Die Admiralsgattin hielt sich wochenlang in London auf, um mit der gewonnenen Freundin ein berühmtes Medium, die zwanzigjährige Leonard, zu besuchen. Dort sah sie zum erstenmal den Verkehr mit den Geistern von Verstorbenen, und diese Eindrücke wirkten tief auf die junge Frau. Miß Hall führte sodann ihre „Schülerin" in die erwähnte Gesellschaft ein, deren Mitglieder einen internationalen Ruf besitzen; es sei bloß an Männer wie Sir Ellis, William Crookes, Oliver Lodge, Gerald Balfour, Bischof Carpenter, Professor Gilbert Murray, Lord Raleigh erinnert, durchweg eifrige Verfechter des Spiritismus und Verfasser wissenschaftlicher Schriften über „absolut einwandfreie Experimente" . .

Admiral Troubridge, der Miß Hall aus früherer Zeit kannte, zweifelte nach alledem, was er erfuhr, nicht mehr daran, daß seine Frau durch die Beschäftigung mit dem Spiritismus irrsinnig geworden sei. Da die Gattin ohne weiteres eine Trennung zugab, so wurde die Scheidung ausgesprochen; das Kind kam zum Vater . . .

Vor drei Wochen spielte sich nun in der „Gesellschaft für Seelenforschung" der Vorfall ab, der zu dem Ehrenbeleidigungsprozeß führte. Das Mitglied der „Society", Sir Fox-Pitt, ein sehr geschätzter Psychologe, nannte Miß Hall eine „empörend unmoralische Frau". Der Beleidiger steht nun vor dem ersten Londoner Gerichtshofe unter dem Vorsitz des Oberrichters Lord Reading; eine Anzahl Sachverständige wohnen dem Prozeß bei. Sir Fox-Pitt teilte in seiner Rechtfertigungsrede mit, daß seine Beleidigung ausschließlich die „brutale Unwahrhaftigkeit der Miß Hall in ihren Berichten über spiritistische Erkenntnisse" treffe. Wer in solchen Dingen lüge, sei unmoralisch und verdiene die schärfste Strafe. Miß Hall habe sich an die junge, etwas hysterische Frau des Admirals herangemacht, mit der festen Absicht, dieses Wesen zum „Zeugen" ihrer Experimente „auszubilden". Sie wollte, zusammen mit Lady Troubridge, „endgültige Beweise" liefern, daß man mit den Geistern der Verstorbenen in Verkehr treten könne. Das Medium Leonard brachte Miß Hall und auch Lady Troubridge in „Verbindung" mit einer Toten, die sich „Feda" nannte, und mit einem „entfernten Verwandten", der nur die Anfangsbuchstaben seines Namens: „A. V. B." preisgab. Lady Troubridge und Miß Hall führten ein „Buch der Sitzungen". Sie teilten den Inhalt in zwei großen Zusammenkünften der „Society" mit, und Gerald Balfour, Oliver Lodge sprachen sich sehr begeistert über diese Resultate aus. Sir Fox-Pitt erhebt gegen diese „Forscher" einen indirekten Vorwurf; der Gerichtshof stimmte ihm bei. Noch mehr: der zum Ankläger werdende Angeklagte liest aus den Berichten der Miß Hall und Lady Troubridge einige frappierende Stellen vor. So wird von einem Geiste mitgeteilt, er habe im Himmel ein Pferd und reite täglich durch die Wolken. (Lachen im Zuhörerraum.) Ferner: der Geist berichte, er nehme jeden Morgen ein Bad. Lord Reading erklärt, er könne sich nicht vorstellen, wie ein Geist ein Bad nehme. „Feda" empfiehlt der Lady Troubridge den Ankauf bestimmter Minenaktien. Schonungslos gibt Fox-Pitt diese „Geheimnisse" preis und blamiert dadurch die Mitglieder der „Gesellschaft für Seelenforschung".

Der durch die Verhandlungen aufgedeckte Skandal ist also offenkundig und trifft die illustre Gesellschaft in solchem Maße, daß „Demissionszuschriften" bei Herrn Balfour eingetroffen sind. Sir Fox-Pitt, ein betagter Mann, ist mit dem Gang der Dinge sehr zufrieden. Er will die „Unmoral, die in der Fälschung spiritistischer Phänomene" liegt, öffentlich brandmarken, und die Tat der Miß Hall, die zum Zusammenbruch einer Ehe führte, dient ihm dazu, unsere Vorgänge in der „Gesellschaft für Seelenforschung" festzunageln.

In der Verhandlung mußten die Vorsitzenden der „Gesellschaft für Seelenforschung", Balfour (er ist der Bruder des berühmten Staatsmannes) und Ellis, die als Zeugen verhört wurden, zugeben, daß sie die Berichte der Miß Hall und Lady Troubridge über Verkehr mit zwei Toten „nicht genügend nachgeprüft hätten". Diese Aussagen machten auf die Geschworenen einen so tiefen Eindruck, daß einige von ihnen die Worte: „Das sind unerlaubte Praktiken! Es ist eine unerhörte Täuschung!" den Zeugen zuriefen. Auch die Lady Troubridge machte bei ihrer Einvernahme einen kläglichen Eindruck. Sie schob die Schuld an den „Irrtümern" auf die Klägerin Miß Hall. Der wegen Ehrenbeleidigung angeklagte Sir Fox-Pitt sagte, er freue sich, die „Gesellschaft durch diesen Prozeß gründlich aufgeklärt zu haben". Er wurde zur Bezahlung von einhundert Pfund verurteilt, weil die Beleidigung, die er ausgesprochen, in der Umgangssprache unbedingt eine Ehrenkränkung in sich schließe. Die Geschworenen fügten aber hinzu, daß Miß Hall die Bezeichnung „unmoralische Frau" wegen der erlogenen Berichte wohl verdient habe.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201126/1